

Prinzipien der Universitätskultur der Universität Bielefeld

verabschiedet vom Senat der Universität Bielefeld in seiner 479. Sitzung am 10. Dezember 2025

Präambel:

Die Universität Bielefeld versteht sich als ein Ort der Wissenschaftsfreiheit und der pluralistischen Perspektiven. In diesem Sinne bekennen wir uns zur Meinungsfreiheit und fördern bewusst Kontroversen als integralen Bestandteil des akademischen Diskurses. Die folgenden Prinzipien sollen als Orientierung für alle Mitglieder der Universität Bielefeld dienen und eine positive und konstruktive Universitätskultur fördern.

1. Universität als Raum:

Die Universität ist ein Raum primär für wissenschaftliche, daneben aber auch für politische Auseinandersetzung. Dabei müssen jedoch stets die Grenzen der politischen Positionierung berücksichtigt werden. Diese Grenzen sind insbesondere auf die Rollen als Mitglied und Angehörige*r oder Repräsentant*in der Universität bezogen. Die Universität fungiert zudem als Diskursraum, der plurale Kontroversen und Diskursivität ermöglicht. Um diese Bedingungen zu sichern, werden verschiedene Formate angeboten, die vielseitig und häufig anlassbezogen sind. Beispiele dafür sind Veranstaltungen im Format der „Reflexionsräume“, die zur Förderung einer offenen und respektvollen Diskussionskultur beitragen.

2. Universität als Akteurin:

Die Universität Bielefeld kann auch als Akteurin im politischen Diskurs agieren. Sie positioniert sich dann als Akteur, wenn es um die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit, der Grund- und Menschenrechte und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht. Ein Beispiel hierfür ist das Hissen der Regenbo-

genflagge als Zeichen für Vielfalt und Toleranz. Repräsentant* innen und Mitglieder sowie Angehörige der Universität haben das Recht, sich hochschulpolitisch zu äußern, etwa durch Senatsstellungen, wenn die Expertise der Personen als Wissenschaftler*innen oder die Expertise der Institution als staatliche Einrichtung gefordert ist.

3. Rollen und Funktionen:

Dieses Leitbild richtet sich an alle Mitglieder und Angehörigen der Universität. Es gilt für diejenigen, die in unterschiedlichen Funktionen im Namen der Universität handeln, einschließlich Führungspersonal, Dozierende, Mitarbeitende und andere Personen, die von der Universität angestellt sind oder deren Ressourcen nutzen. Auch Freiwillige und Vertreter*innen, die als Repräsentant*innen der Universität handeln, sind eingeschlossen.

- **Repräsentation:**

Die Repräsentation betrifft Funktionsträger*innen wie die Universitätsleitung und Amtsträger*innen im Rahmen der Selbstverwaltung, darunter Dekan*innen, Senator*innen und den AStA. Diese Personen sind verpflichtet, die Interessen der Universität zu wahren und zu vertreten.

- **Mitglieder und Angehörige:**

Alle Wissenschaftler*innen der Universität verpflichten sich den Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit und des respektvollen Umgangs sowie den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats. Pluralismus und ein wertschätzendes Miteinander sind die Grundlagen dieser Prinzipien. Studierende und Promovierende, die für die Universität sprechen oder deren Renommee nutzen, sind dazu angehalten, diese Prinzipien zu vertreten.

- **Privatperson:**

In ihrer Rolle als Privatperson sind alle Mitglieder und Angehörige der Universität frei, ihre eigenen Ansichten zu vertreten, solange dies nicht im Namen der Universität erfolgt.